



Energiewende e.V. • Mühlthaler Weg 20 • 82131 Gauting

Mitglied des Bundestags  
Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Platz der Republik 1  
1011 Berlin

**Hans Wilhelm Knappe**

1. Vorsitzender  
Mühlthaler Weg 20  
82131 Gauting

Fon 089-87788441  
hw.knappe@energiewende-sta.de

5. März 2012

## **Offener Brief an die im Landkreis Starnberg gewählten Bundestagsabgeordneten zum Angriff auf die Photovoltaik**

Sehr geehrte Frau Leutheusser-Schnarrenberger,

in einem einstimmigen Beschluss hat sich der Kreistag des Landkreises Starnberg im Jahr 2005 zur Energiewende bekannt und beschlossen, dieses Ziel bis 2035 anzustreben. Unser Verein, der von den Gemeinden und dem Landkreis unterstützt wird, engagiert sich mit hohem Einsatz für die Energiewende. Wir wollen die Umstellung unseres Energiebedarfs auf 100 % erneuerbare Energien, möglichst aus regionalen Quellen, erreichen.

Erst mussten die nukleare Kernschmelze von Fukushima (11.03.2011) und die „politische Kernschmelze“ von Baden-Württemberg (26.03.2011) passieren, damit die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2011 ihre verfehlte Atompolitik aufgegeben haben. Dieser Schritt war – im Hinblick auf die politische Glaubwürdigkeit – sicherlich nicht leicht.

Die Photovoltaik ist nach unserem Energieszenario eine tragende Säule der Energiewende. Es bestehen große Chancen für den zügigen Ausbau, da der Anteil im Jahr 2010 erst bei 3 % lag, das technische Potenzial für die Photovoltaik in unserem Landkreis jedoch bei etwa 45 % des gesamten Stromverbrauchs liegt. Gemeinsam mit regionalen Solarunternehmen haben wir soeben eine Initiative zum Ausbau der Photovoltaik im Landkreis gegründet. Mit den angekündigten Änderungen ist unsere Initiative zum Scheitern verurteilt.

Fassungslos verfolgen wir daher die aktuellen Angriffe auf die Photovoltaik. Steht etwa schon wieder eine Wende rückwärts bevor? Nach genauerer Betrachtung des Eckpunktepapiers der Minister Rösler und Röttgen wurde uns bewusst, dass dieses ‚Solarausstiegsgesetz‘ folgende Auswirkungen haben wird:

1. Die PV-Vergütung wird bereits ab 9.3.2012 radikal abgesenkt, wobei die Kürzungen von 2011 auf Ende 2012 bis zu 50 % erreichen. Solche drastischen Einschnitte gab es bisher noch nie.
2. Mit der Deckelung des PV-Zubaus (Halbierung im Jahr 2012 - Tendenz gegen Null im Jahr 2020) wird der Vorrang für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien praktisch ausgehebelt.
3. Dadurch werden die Bürger verunsichert, so dass sie nicht mehr in diese bürgernahe Technik investieren. Bereits mehr als 1 Million PV-Anlagen bedeuten auch mehrere Millionen Bürger/Wähler quer durch die Gesellschaft, die diese Anlagen besitzen und ihre Energieversorgung in die eigenen Hände genommen haben.

Begründet werden die Angriffe gegen Solarstrom mit der Sorge um stabile Strompreise, die angeblich v.a. durch den starken PV-Zubau und die deswegen steigende EEG-Umlage gefährdet seien. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen (Prof. Dr. Leprich, IZES, Jan. 2012<sup>1</sup>) belegen jedoch, dass die PV zu einer spürbaren Dämpfung der Strompreise führt, die derzeit allerdings nicht den Verbrauchern, sondern dem Stromhandel und der Industrie zu Gute kommt. Die im EEG vorgeschriebene Berechnungsweise führt sogar zu dem paradoxen Effekt, dass die EEG-Umlage umso mehr steigt, je stärker die Preisdämpfung ausfällt. Obendrein wird die EEG-Umlage durch immer neue gesetzliche Sonderbelastungen aufgebläht, auch im aktuellen Rösler/Röttgen-Papier. Wenn man die Haushalte bei der EEG-Umlage tatsächlich entlasten will, wäre es notwendig,

- bei der Berechnung die preissenkende Wirkung der Photovoltaik zu berücksichtigen,
- weniger (statt immer mehr) Betriebe von der EEG-Umlage zu befreien und
- Kosten treibende Sonderregelungen abzuschaffen.

Mittelfristig wird unsere Volkswirtschaft durch die Photovoltaik sogar deutlich entlastet, da Rohstoffkosten weitgehend entfallen: Die Sonne schickt uns keine Rechnung!

Wir fragen uns, wie es wohl der deutschen Wirtschaft ginge, wenn der große PV-Zubau 2011 nicht stattgefunden hätte? Während der extremen Kältewelle Anfang Februar hat die PV allem Anschein nach Deutschland vor einem großflächigen, evtl. sogar längeren Blackout bewahrt. Die PV hat in diesen wenigen Tagen höchstwahrscheinlich schon mehr volkswirtschaftliche Schäden verhindert als die gesamte EEG-Förderung im Jahr 2012 ausmachen wird.

Das Vorhaben der Minister Rösler und Röttgen wäre allein deshalb ein großer politischer Fehler! Zudem wird es zahlreiche Firmen und Handwerker aus der Solarwirtschaft in die Insolvenz treiben und mehrere Zehntausend Arbeitsplätze kosten. Wollen Sie das? Können Sie das verantworten?

**Wir appellieren an Sie als Abgeordnete des Bundestags:**

- **Stimmen Sie dem Vorschlag der Minister Rösler und Röttgen nicht zu!**
- **Teilen Sie uns Ihre Haltung zum Rösler/Röttgen-Papier mit!**

Da bereits in Kürze der Bundestag abstimmen soll, bitten wir bis zum **8.3.2012** um Ihre Antwort. Wir werden anschließend unsere Mitglieder und die Presse darüber informieren. Das gilt auch, wenn Sie nicht antworten sollten.

Für die Zukunft bieten wir allen Parteien, die es ernst meinen mit einer echten, vollständigen Energiewende, auch weiterhin unsere Unterstützung an. Gemeinsam können wir es schaffen, die zweifellos noch bestehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wer sich jedoch aus dem gesellschaftlichen Konsens zur Energiewende verabschiedet, muss mit entschiedenem Widerstand von uns und von vielen Bürgern rechnen.

Mit sonnigen Grüßen

Hans Wilhelm Knappe  
1. Vorsitzender

Dr. Richard Storhas  
2. Vorsitzender

---

<sup>1</sup> IZES-Kurzgutachten: „Kurzfristige Effekte der PV-Einspeisung auf den Großhandelsstrompreis“:  
[www.solarwirtschaft.de/fileadmin/media/pdf/izes\\_kurzgutachten\\_pv.pdf](http://www.solarwirtschaft.de/fileadmin/media/pdf/izes_kurzgutachten_pv.pdf)